

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXIX
<b>§ 1 Einführung</b> .....	1

## *Erster Teil*

### **Die Entstehungsgeschichte der NS-Propagandaverbote**

#### **Erstes Kapitel:**

#### **Die Nachkriegszeit und die frühe Bundesrepublik**

<b>§ 2 Vorbemerkung: Die Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen in Ost und West</b> .....	9
I. Die Ahndung von NS-Verbrechen durch die Alliierten .....	10
II. Die Ahndung von NS-Verbrechen durch deutsche Gerichte .....	11
1. Die frühe Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit .....	12
2. Die DDR und die NS-Vergangenheit .....	14
III. Analyse des juristischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Ost und West .....	17
IV. Die Reaktion auf das Wiederaufkommen nationalsozialistischen Gedankenguts .....	18
<b>§ 3 Das Besatzungsrecht</b> .....	18
I. Allgemeines .....	19
II. Die einzelnen Rechtsvorschriften .....	20
1. Das Verbot des Tragens deutscher militärischer und sonstiger Uniformen .....	20
2. Das Verbot des Zeigens von Fahnen, Abzeichen und Symbolen verbotener Organisationen .....	21
3. Auflösung der NSDAP und anderer Organisationen des NS-Regimes .....	22
4. Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen Charakters .....	22
III. Anwendung und Geltungsdauer der besatzungsrechtlichen Rechtsvorschriften .....	23
IV. Zusammenfassung .....	24

<b>§ 4 Die Ablösung des Besatzungsrechts durch bundesdeutsches Recht</b> .....	24
I. Landesrecht .....	24
II. Historischer Hintergrund bundesdeutscher Regelungen .....	26
1. Das SRP-Verbot .....	28
2. Die Naumann-Affäre .....	30
3. Ausblick .....	31
III. Gesetzentwürfe zum Staatsschutz .....	31
1. Vorgeschichte: Art. 143 Abs. 1 GG .....	31
2. Der SPD-Gesetzentwurf vom 15. Februar 1950 .....	32
a) Hintergrund: Der Fall Hedler .....	32
b) Der Inhalt des Gesetzes .....	34
c) Würdigung des SPD-Entwurfs .....	35
d) Schicksal des Entwurfs .....	35
3. Der Regierungsentwurf vom 4. September 1950 .....	36
a) Rahmenbedingungen: Alliierte Ingerenz .....	36
b) Inhaltliche Zielrichtung des vorgeschlagenen Staatsschutzrechts .....	37
c) Die Vorschriften im Einzelnen .....	38
(1) Art. 1 § 130 Regierungsentwurf .....	39
(2) Art. 2 § 1 Regierungsentwurf .....	40
(3) Art. 2 § 2 Regierungsentwurf .....	40
(a) Der <i>Remer</i> -Prozess .....	41
(b) Bedeutung des <i>Remer</i> -Prozesses .....	42
IV. Verabschiedete Gesetze .....	43
1. Das Erste Strafrechtsänderungsgesetz 1951 .....	43
a) Hintergründe der Nichtverabschiedung von NS-Propagandaverboten .....	43
b) Die Bedeutung des verabschiedeten § 93 StGB .....	44
2. Das Dritte Strafrechtsänderungsgesetz 1953 .....	44
3. Das Versammlungsgesetz 1953 .....	46
<b>§ 5 Zusammenfassende Einordnung der NS-Propagandaverbote bei den ersten Gesetzgebungsvorhaben der Bundesrepublik</b> .....	49
I. Ablösung besatzungsrechtlicher Vorschriften .....	50
II. Der Gründungsmythos – Aufbau eines neuen demokratischen Staates in Abgrenzung zum NS-Staat .....	50
III. Das Bedrohungsszenario der frühen Bundesrepublik .....	51
<b>Zweites Kapitel: Die sich stabilisierende Bundesrepublik</b>	
<b>§ 6 Historisch-politischer Hintergrund</b> .....	52
I. Antikommunismus als Integrationsmittel .....	52
II. Die Normierung von NS-Propagandaverboten .....	53

<b>§ 7 Einführung vergangenheitsbezogener Normen ins StGB</b> .....	54
I. Vorbemerkung .....	54
1. Antisemitische Äußerungen in den frühen fünfziger Jahre .....	54
2. Die antisemitische Schmierwelle der Jahreswende 1959/60 .....	55
II. Einführung des Volksverhetzungstatbestands im Jahr 1960 .....	58
1. Die Debatte zum Schutz vor der Verächtlichmachung von Widerstandskämpfern .....	58
2. Entwürfe zur Einführung eines Volksverhetzungstatbestands in den fünfziger Jahren .....	60
a) Befürworter eines Volksverhetzungstatbestands .....	60
b) Kritiker eines Volksverhetzungstatbestands .....	61
3. Das Sechste Strafrechtsänderungsgesetz .....	62
a) § 130 StGB in der Fassung des sechsten Strafrechtsänderungsgesetzes .....	63
b) Die Intention des Gesetzgebers .....	65
4. Anwendung des § 130 StGB durch die Rechtsprechung .....	67
III. Neuregelung des Kennzeichenverbots .....	68
1. Einführung des § 96a a.F. StGB .....	68
2. Die systematische Stellung des Kennzeichenverbots .....	69
3. Die Strafbarkeit nach § 96a StGB .....	70
IV. Die NS-Propagandaverbote nach der Reform von 1960 .....	70

### **Drittes Kapitel: Die sechziger Jahre**

<b>§ 8 Historisch-politischer Hintergrund</b> .....	72
I. Die beginnende strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Zeit .....	73
II. Tendenzen zur Liberalisierung des Staatsschutzstrafrechts nach der Abschwächung des Kalten Krieges .....	75
1. Staatsschutzdelikte und Verfassung .....	76
2. Staatsschutzdelikte und innerdeutsche Beziehungen .....	76
<b>§ 9 Neuregelung des Rechts verfassungsfeindlicher Propaganda</b> .....	77
I. Ausgangslage: Das Verbot verfassungsfeindlicher Propaganda (§ 93 a.F. StGB) .....	77
1. Die zunehmende Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Vorgaben .....	77
a) Verfassungsfeindliches Tätigwerden von Parteien .....	78
b) Folgen der Konkretisierung des Parteienprivilegs durch das Bundesverfassungsgericht .....	79
c) Verfassungsfeindliches Tätigwerden von Vereinigungen .....	79
2. Das Verbot verfassungsfeindlicher Propaganda (§ 93 a.F. StGB) auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand .....	80
a) Die Entwicklung des Verbots verfassungsfeindlicher Propaganda .....	80
b) Auswirkungen der BVerfGE zu § 90a a.F. StGB auf das Verbot verfassungsfeindlicher Propaganda nach § 93 a.F. StGB .....	82

II. Vom Verbot verfassungsfeindlicher Propaganda zum Verbot von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen .....	82
1. Das Verbot, Propagandamittel verfassungswidriger Organisationen zu verbreiten (§ 86 StGB) .....	83
a) Die Einführung des § 86 StGB im Jahr 1968 .....	83
b) Die Intention des Gesetzgebers .....	85
c) Auswirkungen der Einführung des § 86 Abs. 1 StGB auf die innerdeutschen Beziehungen .....	87
2. Das Verbot, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu verwenden (§ 86a StGB) .....	88
III. Zusammenfassung .....	90

### **Viertes Kapitel: Die Bundesrepublik seit 1968**

<b>§ 10 Hintergründe für die zunehmende Bedeutung von Neonazismus und Rechtsextremismus in Ost und West .....</b>	<b>92</b>
I. Die Entwicklung von Neonazismus und Rechtsextremismus seit den sechziger Jahren .....	93
1. Neonazismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung .....	92
2. Neonazismus und Rechtsextremismus in der DDR .....	93
3. Rechtsextremismus im vereinten Deutschland .....	95
II. Das Phänomen des Auschwitz-Leugnens .....	96
1. Der Holocaust im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik .....	96
2. Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR .....	97
3. Die Bedeutung der Wiedervereinigung für den Umgang mit der NS-Zeit .....	98
4. Die Entwicklung holocaustleugnender Äußerungen .....	98
<b>§ 11 Von der Volksverhetzung zur „Auschwitz-Lüge“ .....</b>	<b>99</b>
I. Gesetzgebungsgeschichtlicher Hintergrund des § 130 Abs. 3 StGB .....	99
1. Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens bis 1994 .....	99
2. Äußerer Anlass für die Verabschiedung eines verklausulierten „Auschwitz-Lüge-Tatbestands“: Der Fall Deckert .....	101
II. Die Einführung einer Strafbarkeit holocaustleugnender Äußerungen .....	103
1. Gesetzentwürfe der achtziger Jahre .....	103
2. Das Jahr 1994 .....	104
a) Systematisierungsversuche .....	105
b) Lösung: Systematische Einordnung in § 130 StGB .....	106
III. Die Intention des Gesetzgebers .....	107

<b>§ 12 Das NS-Kennzeichenverbot vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremistischer Aktivitäten</b> .....	108
I. Gesetzgeberische Änderungen des § 86a StGB seit 1968 .....	108
II. Die tatsächliche Anwendung des § 86a StGB .....	110
1. Rechtsprechung in den siebziger Jahren .....	110
2. Rechtsprechung zu § 86a StGB in den achtziger Jahren .....	111
3. Rechtsprechung zu § 86a StGB seit den neunziger Jahren .....	112
III. Bedeutung des § 86a StGB im Rahmen von NS-Propagandaverboten .....	112
<b>§ 13 Das NS-Propagandaverbot vor dem Hintergrund zunehmender Verbreitung rechtsextremistischer Inhalte im Internet</b> .....	113
I. Gesetzgeberische Änderungen des § 86 StGB seit 1968 .....	113
II. Die Strafbarkeit der Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda nach § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB seit 1968 .....	114
<b>§ 14 Abschließende Überlegungen</b> .....	115
I. Das NS-Kennzeichen- und NS-Propagandaverbot .....	115
II. Das Verbot der Volksverhetzung und des Auschwitz-Leugnens .....	117
III. Ausblick .....	118

### *Zweiter Teil*

## **Die NS-Propagandaverbote im Kontext strafrechtlicher Grundsatzprobleme**

<b>§ 15 Einführung</b> .....	119
I. Die Bedeutung der Rechtsgutsdiskussion .....	119
II. Die zunehmende Bedeutung des Verfassungsrechts im Strafrecht .....	120

## **Fünftes Kapitel: Die Bedeutung der Rechtsgutsdiskussion für die NS-Propagandaverbote**

<b>§ 16 Rechtsgutsdiskussion und Strafrechtsdogmatik</b> .....	120
I. Die Rechtsgutsdiskussion .....	120
II. Die „systemkritischen“ Rechtsgutslehren .....	123
1. Die „systemkritische“ Rechtsgutslehre und Universalrechtsgüter .....	125
2. Die „systemkritische“ Rechtsgutslehre und die geschützten Rechtsgüter der NS-Propagandaverbote .....	125
a) Der Bestand des Staates .....	126
b) Der öffentliche Friede .....	127
3. Die strafrechtsdogmatische Unzulänglichkeit der „systemkritischen“ Rechtsgutslehren .....	127
III. Die „systemimmanenten“ Rechtsgutslehren .....	127
1. Die „systemimmanenten“ Rechtsgutslehren und Universalrechtsgüter ....	139

2. Die „systemimmanente“ Rechtsgutslehre und die geschützten Rechtsgüter der NS-Propagandaverbote .....	130
a) Der Bestand des Staates .....	130
b) Der öffentliche Friede .....	131
3. Die strafrechtsdogmatische Erschließungsfunktion der „systemimmanenten“ Rechtsgutslehren .....	131
<b>§ 17 Strafrechtsdogmatische Auswirkungen der Rechtsgutsdiskussion: Rechtsgutsverletzung versus Rechtsgutsgefährdung .....</b>	<b>132</b>
I. Vorfrage: Das Problem der Vorverlagerung von Rechtsgüterschutz .....	134
1. Vorverlagerung von Strafbarkeit bei Vorbereitungshandlungen .....	135
2. Vorverlagerung von Strafbarkeit bei Gefährdungshandlungen .....	135
II. Rechtsgutsverletzungen .....	136
III. Rechtsgutsgefährdungen .....	137
1. Konkrete Gefährdungsdelikte .....	137
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte .....	138
3. NS-Propagandaverbote und die dogmatische Kategorie der abstrakten Gefährdungsdelikte .....	139
a) Vorverlagerter Individualrechtsgüterschutz .....	140
(1) Die klassischen Vorbereitungsstaten .....	140
(2) Sonstige Delikte, bei denen Individualrechtsgüter erst durch Tathandlungen anderer Täter verletzt werden können .....	141
b) Eigenständiger Universalrechtsgüterschutz .....	142
(1) Bisherige Lösungsversuche .....	142
(a) Die abstrakt-konkreten Gefährdungsdelikte (Schröder) und die Eignungsdelikte (Hoyer) .....	142
(b) Die Klimaschutzdelikte nach Jakobs .....	143
(c) Die Kumulationsdelikte nach Wohlers .....	143
(2) Die Frage nach der Legitimation von Strafnormen .....	144
IV. Ausblick .....	145

## **Sechstes Kapitel: Verfassungsrecht und Strafrecht**

<b>§ 18 Die eigenständige Bedeutung des Verfassungsrechts im Strafrecht .....</b>	<b>146</b>
I. Verfassungsrechtliche Strafbegründungen .....	147
II. Verfassungsrechtliche Strafbegrenzungen .....	147
<b>§ 19 Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....</b>	<b>148</b>
<b>§ 20 Die Bedeutung des Verfassungsrechts für die NS-Propagandaverbote .....</b>	<b>150</b>

*Dritter Teil*  
**Zur Dogmatik der NS-Propagandaverbote**

**Siebttes Kapitel:**  
**Volkverhetzung und Auschwitz-Leugnen (§ 130 StGB)**  
**zwischen Ehrverletzung und Friedensgefährdung**

<b>§ 21 Vorbemerkung</b> .....	152
<b>§ 22 Volkverhetzende und holocaustleugnende Äußerungen und Ehrschutzdelikte</b> .....	153
I. Antisemitische und neonazistische Äußerungen und die Beleidigungsdelikte (§§ 185 ff. StGB) .....	153
1. Das geschützte Rechtsgut: Die Ehre .....	153
2. Antisemitische und neonazistische Äußerungen und der Schutz der Ehre .....	154
a) Die Beleidigung eines Einzelnen unter einer Kollektivbezeichnung (Sammelbeleidigung) .....	155
b) Die Beleidigung mehrerer Einzelner unter einer Kollektivbezeichnung (Sammelbeleidigung) .....	157
(1) Eingrenzung über Abgrenzbarkeit der Personengruppe .....	157
(2) Sprengung des Kriteriums der Abgrenzbarkeit .....	158
(a) Beleidigung von Menschen jüdischer Herkunft .....	159
(b) Mangelnde Individualisierbarkeit .....	160
3. Zwischenergebnis .....	162
II. Der Sonderfall des Auschwitz-Leugnens .....	163
1. Terminologie .....	163
a) Einfaches Auschwitz-Leugnen .....	163
b) Qualifiziertes Auschwitz-Leugnen .....	164
2. Holocaustleugnende Äußerungen und der Schutz der Ehre .....	165
a) Holocaustleugnende Äußerungen als Sammelbeleidigung? .....	165
(1) Achtungsanspruch bei erlittenem Schicksal .....	165
(2) Achtungsanspruch setzt mehr als nur erlittenes Schicksal voraus .....	166
(3) Mangelnde Individualisierbarkeit .....	168
b) Holocaustleugnende Äußerungen als Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener nach § 189 StGB? .....	168
3. Zwischenergebnis .....	169
III. Zusammenfassende Überlegungen .....	169
<b>§ 23 Der § 130 StGB im Kontext von Strafnormen zum Schutz des öffentlichen Friedens</b> .....	170
I. Antisemitische und neonazistische Äußerungen und der Tatbestand der Volkverhetzung ( § 130 Abs. 1 und 2 StGB) .....	170
1. Das geschützte Rechtsgut des § 130 StGB .....	171
a) Das geschützte Rechtsgut: Der „öffentliche Friede“ .....	171

(1) „Öffentlicher Friede“ als durch § 130 StGB geschütztes eigenständiges Rechtsgut? .....	172
(2) § 130 StGB im Rahmen der Friedensschutzdelikte .....	173
b) Sonstige durch § 130 StGB geschützte Rechtsgüter .....	175
c) Zwischenergebnis .....	176
2. Die Deliktsstruktur .....	176
a) § 130 StGB als konkretes Gefährdungsdelikt? .....	176
b) § 130 StGB als Sondernorm zwischen konkreten und abstrakten Gefährdungsdelikten? .....	177
c) § 130 StGB als abstraktes Gefährdungsdelikt, verstanden als eine Sammelkategorie .....	178
3. Antisemitische und neonazistische Äußerungen und der Tatbestand der Volksverhetzung (130 Abs. 1 und 2 StGB) .....	179
a) Teile der Bevölkerung .....	179
b) Die Tathandlungen .....	180
(1) Die Tathandlungsvariante, die einen Angriff auf die Menschenwürde voraussetzt .....	180
(a) § 130 Abs. 1 Nr. 2: „Wer Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet“ .....	181
(b) Das Erfordernis eines Angriffs auf die Menschenwürde als Eingrenzungskriterium .....	181
(c) Die Gruppe jüdischer Bürger .....	183
(d) Die Nähe des § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB zu den §§ 185 ff. StGB .....	184
(2) Tathandlungsvarianten, die keinen Angriff auf die Menschenwürde voraussetzen .....	184
(a) § 130 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1 StGB: „Wer zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt“ .....	185
(b) § 130 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 StGB: „Wer zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung auffordert“ .....	185
c) Die Friedensschutzklausel .....	187
(1) Der Begriff „öffentlicher Friede“ .....	187
(2) Der öffentliche Friede als einschränkendes Tatbestandsmerkmal .....	189
(3) Die Bedeutung der Öffentlichkeit .....	190
(4) Konkretisierung durch die Rechtsprechung .....	191
d) Zwischenergebnis .....	192
4. Anwendungshäufigkeit .....	192
5. Fazit .....	192
II. Der Sonderfall des Auschwitz-Leugnens .....	193
1. Die Erfassung holocaustleugnender Äußerungen bis 1994 .....	194
a) Das einfache Auschwitz-Leugnen .....	194
b) Das qualifizierte Auschwitz-Leugnen .....	195

2. Die Einführung des § 130 Abs. 3 StGB durch das VerbrBekG 1994 .....	197
a) Das durch § 130 Abs. 3 StGB geschützte Rechtsgut .....	197
(1) Unwahre Tatsachenbehauptungen und Strafrecht .....	198
(2) § 130 Abs. 3 StGB und der Strafrechtsschutz von historischer Wahrheit .....	198
(3) Der öffentliche Friede als das geschützte Rechtsgut des § 130 Abs. 3 StGB .....	199
b) Die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen des § 130 Abs. 3 StGB .....	200
(1) Die zu leugnenden Taten .....	201
(2) Die Tathandlungen .....	201
(a) Billigung .....	201
(b) Leugnung und Verharmlosung .....	201
(3) Restriktionsmöglichkeit: Das Erfordernis der öffentlichen Tatbegehung .....	202
(4) Restriktionsmöglichkeit: Das Erfordernis der Eignung, den öffentlichen Frieden zu stören .....	203
c) Die Anwendung des § 130 Abs. 3 StGB durch die Strafgerichte .....	203
(1) Das Verbot des Billigens des Holocaust .....	203
(2) Die Leugnungsalternative .....	204
(3) Die Verharmlosungsalternative .....	205
3. Zwischenergebnis .....	205
III. Konkurrenzen .....	206
1. Das einfache Auschwitz-Leugnen .....	206
2. Das qualifizierte Auschwitz-Leugnen .....	206
IV. Schlussfolgerungen .....	206
1. Volksverhetzende Äußerungen (§ 130 Abs. 1 StGB) .....	207
2. Die Problematik der Strafbarkeit holocaustleugnender Äußerungen (§ 130 Abs. 1 und 3 StGB) .....	207
<b>§ 24 Verfassungsrechtliche Legitimation .....</b>	<b>208</b>
I. Schutzbereich der Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 GG .....	208
1. § 130 Abs. 1 StGB .....	209
a) Volksverhetzende Äußerungen .....	209
b) Qualifizierte holocaustleugnende Äußerungen .....	209
2. § 130 Abs. 3 StGB .....	209
a) Das Leugnen bzw. das Verharmlosen .....	209
b) Das Billigen .....	211
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung? .....	211
1. Allgemeine Gesetze i.S.d. Art. 5 Abs. 2 GG .....	211
a) Die Sonderrechtslehre .....	212
b) Die Abwägungslehre .....	212
c) Das Bundesverfassungsgericht .....	213

(1) Volksverhetzende Äußerungen nach § 130 Abs. 1 StGB .....	213
(a) Geeignetheit .....	214
(b) Erforderlichkeit .....	215
(c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	215
(2) Qualifizierte holocaustleugnende Äußerungen nach § 130 Abs. 1 StGB .....	216
(a) Das geschützte Rechtsgut: „Der öffentliche Friede“ .....	217
(b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	218
(3) Der Problemfall des Billigens nach § 130 Abs. 3 StGB .....	218
2. Verfassungsimmanente Schranken .....	219
III. Zusammenfassende Überlegungen .....	219

**Achtes Kapitel:  
Das NS-Propaganda- und das NS-Kennzeichenverbot  
(§§ 86, 86a StGB) im Kontext der Staatsschutzdelikte**

<b>§ 25 Vorbemerkung</b> .....	220
I. Die Problematik des inhaltlichen Anknüpfens an NS-Gedankengut .....	220
1. Die strafrechtsdogmatischen Besonderheiten .....	221
2. Die verfassungsrechtlichen Probleme .....	221
II. Ausblick .....	222
<b>§ 26 Das NS-Propaganda- und das NS-Kennzeichenverbot und die Staatsschutzdelikte</b> .....	222
I. Die Systematik der Staatsschutzdelikte .....	222
II. Die geschützten Rechtsgüter der Staatsschutzdelikte .....	223
III. Die Stellung der §§ 86 Abs. 1 Nr. 4 und 86a StGB im Staatsschutzstrafrecht .....	225
1. Das Verhältnis der Organisationstatbestände zum Grundgesetz .....	225
2. Der strafrechtliche Unwertgehalt der Organisationstatbestände .....	227
<b>§ 27 Das NS-Propagandaverbot (§ 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB)</b> .....	228
I. Die Konzeption des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB als Begleitrecht zu öffentlich- rechtlichen Organisationsverbotsentscheidungen .....	228
1. Die Genese des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	228
2. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB im Einzelnen .....	228
II. Die geschützten Rechtsgüter des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	230
1. Der öffentliche Friede .....	230
2. Der Gedanke der Völkerverständigung .....	231
3. Zwischenergebnis .....	232
III. Die Deliktsstruktur des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	232
IV. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	233

1. Tatobjekt: Propagandamittel .....	233
a) „Propagandamittel, deren Inhalt gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist“ .....	233
b) „Propagandamittel, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen NS-Organisation fortzusetzen“ .....	235
c) Tendenzen der Rechtsprechung .....	237
2. Tathandlungen: Das Verbreiten, Herstellen, Vorrätighalten, Ein- und Ausführen und Zugänglichmachen in Datenspeichern .....	237
a) Das Verbreiten .....	237
b) Das Herstellen, Vorrätighalten, Ein- oder Ausführen und das Zugänglichmachen in Datenspeichern .....	238
3. Tatbestandsausschluss nach § 86 Abs. 3 StGB (Sozialadäquanzklausel) .....	238
4. Anwendungshäufigkeit .....	239
V. Fazit .....	240
VI. Verfassungsrechtliche Probleme des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	240
1. Grundentscheidung des Grundgesetzes gegen den Nationalsozialismus in Art. 132 Abs. 2 und Art. 139? .....	241
2. Art. 21 Abs. 2 und Art. 9 Abs. 2 .....	242
3. Art. 5 Abs. 2 .....	243
a) Richtet sich § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB gegen eine bestimmte Meinung? .....	243
b) Durch § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB geschütztes Rechtsgut .....	244
VII. Ergebnis .....	245
<b>§ 28 Das NS-Kennzeichenverbot (§ 86a StGB i.V.m. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB) .....</b>	<b>246</b>
I. Die Nähe des § 86a Abs. 1 StGB i.V.m. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB zu öffentlich-rechtlichen Organisationsverboten .....	246
II. Die geschützten Rechtsgüter des § 86a StGB .....	247
1. Rechtsgüter, die aus der Stellung des § 86a Abs. 1 StGB im Rahmen der Staatsschutzdelikte resultieren .....	247
2. Rechtsgüter, die die Besonderheit des § 86a i.V.m. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB hervorheben .....	248
a) Der öffentliche Friede .....	248
b) Die Völkerverständigung .....	249
III. Die Deliktsstruktur des § 86a StGB .....	249
IV. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 86a StGB .....	250
1. Tatobjekt: Kennzeichen nach § 86a Abs. 1 StGB .....	250
a) NS-Kennzeichen .....	250
b) Beispiele aus der Rechtsprechung .....	251
2. Zum Verwechseln ähnliche Kennzeichen nach § 86a Abs. 1 Satz 2 StGB .....	252
a) Rechtspraxis bis 1994 .....	253
b) Rechtspraxis seit der Gesetzesänderung von 1994 .....	254

3. Verbreiten und Verwenden und das Problem eines kritischen oder ironischen Gebrauchs von NS-Kennzeichen .....	255
a) Verbreiten und Verwenden .....	255
b) Das Problem kritischer und ironischer Verwendung von NS-Kennzeichen .....	256
4. Die Anwendung der Sozialadäquanzklausel des § 86 Abs. 3 StGB .....	258
a) Tathandlungsmodalität: Staatsbürgerliche Aufklärung .....	258
b) Tathandlungsmodalität: ähnlichen Zwecken dienend .....	259
c) Die Bedeutung der Kunst im Rahmen des § 86a Abs. 3 i.V.m. § 86 Abs. 3 StGB .....	260
5. Zwischenergebnis .....	260
6. Anwendungshäufigkeit .....	261
V. Fazit .....	261
VI. Verfassungsrechtliche Probleme .....	262
<b>§ 29 Zusammenfassende Überlegungen .....</b>	<b>263</b>
I. Strafrechtsdogmatische und verfassungsrechtliche Problematik des § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	263
II. § 86a StGB als Reaktion auf rechtsextremistische Gefahren .....	264

#### *Vierter Teil*

### **Die NS-Propagandaverbote als symbolisches Strafrecht?**

#### **Neuntes Kapitel:**

#### **Dogmatische Ergebnisse der bisherigen Untersuchung**

I. Der Schutz von Universalrechtsgütern und der zweistufige Unrechtsaufbau der NS-Propagandaverbote .....	265
II. Verfassungsrechtliche Ergebnisse .....	265
III. Ausblick .....	266

#### **Zehntes Kapitel:**

#### **Symbolisches Strafrecht**

<b>§ 30 Die herkömmliche Kritik an symbolischen Strafgesetzen .....</b>	<b>267</b>
I. Der Vorwurf mangelnder Wirksamkeit symbolischer Gesetze .....	268
II. Der Vorwurf der „Adressatentäuschung“ .....	269
III. Vom negativen zum positiven Verständnis symbolischer Gesetze .....	269
IV. Einordnung der NS-Propagandaverbote .....	270
<b>§ 31 Entwicklung eines positiven Verständnisses von symbolischem Strafrecht .....</b>	<b>271</b>
I. Symbolisches Strafrecht positiv betrachtet .....	271
1. Die „normal-symbolische“ Wirkung von Strafgesetzen nach der Lehre der positiven Generalprävention .....	271

2. Symbolisches Strafrecht: Symbolische Gesetzgebungsakte und symbolische Strafgesetze .....	272
a) Symbolische Gesetze .....	273
b) Symbolische Gesetzgebungsakte .....	273
II. NS-Propagandaverbote als symbolische Gesetzgebungsakte .....	274
1. § 130 Abs. 1 StGB (Volksverhetzungsverbot) .....	274
2. § 130 Abs. 3 StGB (Verbot des Auschwitz-Leugnens) .....	275
3. §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a StGB (NS-Propaganda- und Kennzeichenverbot) .....	276
III. NS-Propagandaverbote als symbolische Gesetze .....	277
1. § 86a StGB (NS-Kennzeichenverbot) .....	277
2. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB .....	278
3. § 130 Abs. 1 StGB (Volksverhetzungsverbot) .....	278
4. § 130 Abs. 3 StGB (Verbot des Auschwitz-Leugnens) .....	279
<b>§ 32 Fazit: Die strafrechtliche Bedeutung der NS-Propagandaverbote im Zeichen der Bundesrepublik als modernem Rechtsstaat .....</b>	<b>280</b>
<b>§ 33 Zusammenfassung in Thesen .....</b>	<b>281</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>283</b>

